

# Rückblick und Ausblick auf Österreich

Autor(en): **Baumann, Gottfried**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **23 (1943-1944)**

Heft 6

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-334957>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Rückblick und Ausblick auf Österreich

Von Gottfried Baumann

Am 12. Februar sind zehn Jahre seit jenen denkwürdigen Tagen verflossen, an welchen Kanonendonner aus Wien und aus andern Teilen Österreichs die Welt erschreckt aufhorchen ließ. In Österreich, dem Lande der vielgerühmten Gemütlichkeit, aber auch dem Lande der *geschlossensten* und der *stolzesten Arbeiterbewegung*, war ein *Bürgerkrieg ausgebrochen*, Arbeiter hatten zu Waffen gegriffen, um die Freiheit des Volkes und die demokratische Staatsverfassung zu verteidigen.

Erinnern wir uns, wie es zu den Februarkämpfen des Jahres 1934 in Österreich kommen konnte: Als in den Oktobertagen des Jahres 1918, nach vier Jahren Weltkrieg, die Fronten der Mittelmächte zusammenbrachen und das alte Habsburgerreich zerfiel, da traten an dessen Stelle selbständige Nationalstaaten. Das neue Österreich wurde durch den Willen und unter dem Druck der österreichischen Arbeiter, die durch die Schule *Viktor Adlers* gegangen waren, zur *demokratischen Republik*. Belastet durch ihre Mitschuld am Kriege und erschreckt durch die demonstrierenden Massen, beschränkte sich der Widerstand der bis dahin maßgebenden Christlichsozialen Partei auf eine programmatische Erklärung, in der sie sich für das grundsätzliche Festhalten an der monarchischen Staatsform aussprach. Abgesehen von einem Zwischenfall am Tage der Proklamierung der Republik, war die österreichische Revolution vollkommen unblutig verlaufen. *Einig, diszipliniert und unerschrocken* ging die österreichische sozialistische Arbeiterschaft daran, den neuen österreichischen Staat aufzubauen.

Das Erbe, das dieser Staat zu übernehmen hatte, glich einem Trümmerhaufen. Es fehlte an den notwendigsten Lebensmitteln, es fehlte an Rohstoffen, besonders auch an Kohle. Ausgefahrene Lokomotiven, zertrümmerte Eisenbahnwagen, ein Heer von Kriegsbeschädigten sowie von Witwen und Waisen und ein gewaltiges Heer von unterernährten Menschen, das war die Hinterlassenschaft des Krieges. Die plötzliche Stilllegung der Rüstungsindustrie führte zur Massenarbeitslosigkeit, der einsetzende Währungszerfall hatte eine rasch anwachsende Teuerung zur Folge. Schwer, unendlich schwer waren die Aufgaben der ersten Regierungen der Republik, galt es doch, nicht nur die Demokratie zu verankern, sondern auch alles daranzusetzen, um durch soziale Maßnahmen und entsprechende Gesetze der Not der Bevölkerung entgegenzuwirken.

Wie sehr die Haltung der Sozialdemokraten verstanden und weit über die Arbeiterschaft hinaus gebilligt wurde, zeigten die am 16. Februar 1919 durchgeführten Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung. Diese brachten den Sozialdemokraten einen gewaltigen Sieg. Von den zur Vergabung gelangten 170 Mandaten entfielen 72 auf die Sozialdemokraten, während die Christlichsozialen 69 und die Großdeutschen nur 26 Mandate erringen konnten. Je ein Mandat war auf die bürgerlichen Demokraten, die Jüdischnationalen und die Tschechen entfallen. Gemäß diesem Wahlausgang wurde Genosse *Karl Seitz* zum Präsidenten der konstituierenden

Nationalversammlung und damit zugleich zum ersten Präsidenten der Republik Österreich gewählt und eine Koalitionsregierung aus 6 Sozialdemokraten und 5 Christlichsozialen sowie von vier weiteren Staatssekretären gebildet, die dem Beamtenstand entnommen wurden und als Parteilose galten. Staatskanzler wurde Genosse Dr. *Karl Renner*, Vizekanzler *Jodok Fink*, ein christlichsozialer demokratischer Bauer aus dem Bregenzerwald. Dieser hat in späteren Jahren einmal in der Öffentlichkeit die damalige Aufgabenteilung in der Koalitionsregierung dahingehend charakterisiert, daß er diese mit der Führung eines Autos verglich. Die Sozialdemokraten, so sagte er, waren die treibende Kraft, sie saßen an der Führung des Wagens, mit dem Fuß am Gas, während die christlichsozialen Mitglieder der Regierung ihre Aufgabe darin erblickten, recht fleißig die Hand- und Fußbremse zu gebrauchen, damit das Tempo der Fahrt halbwegs mäßig bleibe.

Darin gipfelte in der Tat das Bestreben der Koalitionspartner, und wenn trotzdem in der damaligen Zeit verschiedene soziale Maßnahmen, so die auf Staatskosten verbilligte Abgabe von Brot, Mehl und Fett, durchgeführt wurden, so waren diese nicht nur der Notwendigkeit der Zeit entsprungen, sondern vor allem auf die sozialdemokratische Initiative und Tatkraft zurückzuführen. Auch die damals geschaffenen sozialen Gesetze, die den Arbeitern die Arbeitslosenunterstützung, den Achtstundentag, den gesetzlichen Anspruch auf Ferien und ein Mitspracherecht in den Betrieben brachten, waren dieser Initiative, ganz besonders aber dem unvergeßlichen Wirken *Ferdinand Hanuschs*, des ehemaligen Webergesellen und damaligen Ministers für soziale Verwaltung zu danken. Die Christlichsozialen haben sich später gerühmt, daß sie es waren, die dem einen und andern dieser Gesetze die «Giftzähne» ausgebrochen haben. Sie haben aber noch etwas anderes getan. Durch eine demagogische Agitation haben sie die Sozialdemokraten für alle Not in der Bevölkerung verantwortlich gemacht, wobei ihnen die Vergeßlichkeit der Massen sehr zustatten kam.

So kam es, daß bei der am 17. Oktober 1920 durchgeführten Neuwahl des Nationalrates nur noch 66 Sozialdemokraten gegen 82 Christlichsoziale, 20 Großdeutsche und 6 Bauernbündler gewählt wurden. War die rot-schwarze Koalitionsregierung schon am 10. Juni 1920 in Brüche gegangen und durch eine Proporzregierung, in der auch die Großdeutschen vertreten waren, ersetzt worden, so brachte der Ausgang dieser Wahlen den *Austritt der Sozialdemokraten* aus der Regierung. Festgehalten muß werden, daß es in Österreich *nie eine rein sozialdemokratische Regierung* gegeben hat und seit dem Jahre 1920 durch ein Jahrzehnt hindurch sich alle österreichischen Regierungen auf den «Bürgerblock», auf eine Koalition der drei bürgerlichen Parteien: der Christlichsozialen, der Großdeutschen und der Landbündler, gestützt haben.

\*

Mit dem Antritt der «Bürgerblockregierung» begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Republik Österreich. Es begann die Morgendämmerung der Reaktion. Diese äußerte sich vorerst in dem immer wiederkehrenden Versuch zur Nullifizierung der Sozialdemokraten im Parlament, in den Bestrebungen zum Abbau des Mieterschutzes und aller

ändern sozialen Gesetze, in der Rückentwicklung der von *Otto Glöckel* eingeleiteten großzügigen Schulreform und in dem Bestreben, aus der Wehrmacht – Österreich hatte damals ein Söldnerheer – ein brauchbares Instrument des Bürgerblocks zu machen. Da jedoch bei jeder Wahl zwei Fünftel des österreichischen Volkes der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben und diese bei jeder Wahl durch ihre weit über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt gewordene sozialistische Aufbauarbeit in Wien und in allen Industrieorten von Sieg zu Sieg schreiten konnte, wurde es dem Bürgerblock bald bewußt, daß er auf parlamentarischem Boden nicht zur Niederringung der Sozialdemokratie gelangen könne. Der Kampf wurde daher auch auf außerparlamentarischen Boden getragen; der Bürgerblock ging dazu über, sich der *Heimwehren* zu bedienen.

Waren diese bis dahin bedeutungslos, so wuchs ihre Bedeutung mit dem Antritt der Bürgerblockregierung und dem Siege des Faschismus in Italien. 1923, als die Heimwehren mit Überfällen auf Arbeiter einsetzten, ging die österreichische Partei daran, den Republikanischen Schutzbund zu gründen, der letzten Endes dazu bestimmt war, einen Heimwehr- oder Monarchistenputsch in Gemeinsamkeit mit der staatlichen Exekutive niederzuschlagen. In ihrem viel verlästerten Linzer Parteiprogramm vom Jahre 1926 hat die österreichische Partei ausdrücklich erklärt, daß sie nur für einen *solchen* Fall Waffen bereithalte, und sie hat darüber hinaus, vor und nach 1926, den bürgerlichen Parteien wiederholt vorgeschlagen, eine beiderseitige Abrüstung unter gegenseitiger Kontrolle vorzunehmen. Die bürgerlichen Parteien gingen jedoch auf solche Vorschläge nie ein, sie fanden es ganz in Ordnung, daß sich die Überfälle auf sozialdemokratische Arbeiter mehrten und von den Gerichten überhaupt nicht oder nur mit lächerlich geringen Strafen gesühnt wurden. Ein solcher Überfall, verbunden mit dem provozierenden Freispruch des Täters, führte am 15. Juli 1927 zum Brand des Justizpalastes in Wien, wobei die Polizei in die erregten Demonstranten hineinschoß und 90 Arbeiter den Tod fanden.

Die Straßen des roten Wien waren mit Arbeiterblut gefärbt worden. Begreiflich, daß die Reaktion jubelte und die Heimwehren den Brand des Justizpalastes zu einer skrupellosen Hetze gegen die Sozialdemokratie ausnützten. Zwei Jahre später erlebte Österreich einen Verfassungsturm, der jedoch mit demokratischen Mitteln abgeschlagen wurde. Am 14. September 1930 erkämpfte Hitler in Deutschland seinen ersten großen Wahlsieg. Wenige Tage später trat die Großdeutsche Partei Österreichs aus der Bürgerblockregierung aus. Am 30. September 1930 erfolgte die Ernennung der Regierung *Vaugoin*, wobei der Heimwehrführer *Starhemberg* Innenminister und ein weiterer Heimwehrführer Justizminister wurde. Der Nationalrat wurde aufgelöst und für seine Neuwahl der 9. November als Wahltag bestimmt. *Vaugoin* proklamierte die *antimarxistische Front*, mit dem Plan, die Sozialdemokratie vernichtend zu schlagen. Der Plan mißlang. Geschwächt um sieben Mandate, von denen sie eines an die Sozialdemokraten abzugeben hatten, kehrten die Christlichsozialen in den Nationalrat zurück, während Großdeutsche und Landbündler zusammen 19 Mandate erhielten und die Heimwehr neu mit acht Mandaten in den Nationalrat einzog. Fast 200 000 Stimmen wurden außerdem den anti-

marxistischen Parteien von den zum erstenmal kandidierenden Nationalsozialisten abgejagt.

Rasch wechselten in der Folge die Regierungen Österreichs. Erst kam die Regierung Dr. *Ender* I und II, dann die Regierung *Buresch*, in deren Amtszeit – am 13. September 1931 – der in der Steiermark von Dr. *Pfrie-mer* ausgelöste Heimwehrrputsch fiel. Dank der Wachsamkeit der Arbeiter konnte der Putschversuch noch am gleichen Tag vereitelt werden. Da aber die Großdeutschen und Landbündler, schon mit Rücksicht auf die wachsende nationalsozialistische Bewegung, oftmals eigene Wege gingen und die Regierung *Buresch* deshalb keine verlässliche Mehrheit hatte, stand Österreich bald wieder vor einer Regierungskrise. Am 24. April 1932 fanden in Wien und in einer Reihe von Bundesländern Gemeinde- und Landtagswahlen statt. Während die Sozialdemokraten fast überall und vor allem in Wien ihre Stellung behaupten konnten, erlitten die Christlichsozialen allenthalben schwere Niederlagen. In Wien verloren sie 13 Mandate an die Nationalsozialisten, denen auch die zwei bis dahin von den Großdeutschen innegehabten Mandate zufielen. Weit entfernt, aus diesen Wahlen die Konsequenzen zu ziehen, betraute der Bundespräsident am 10. Mai 1932 den Christlichsozialen Dr. *Dollfuß* mit der Regierungsbildung.

Zwei Möglichkeiten standen *Dollfuß* für die Bildung einer Regierungsmehrheit im Parlament offen. Er konnte eine Koalition der Christlichsozialen und Landbündler mit den Sozialdemokraten eingehen und sich damit eine große Parlamentsmehrheit formieren oder aber an Stelle der Sozialdemokraten mit den Heimwehren eine Koalition schließen. Der Koalition mit den Sozialdemokraten standen Klasseninteressen gegenüber, und so entschloß sich *Dollfuß* um den Preis von sechs Heimwehrstimmen, das Sicherheitsministerium dem Heimwehrvertreter *Major Fey* zu übertragen. Damit hatte aber die Regierung im Parlament nur eine Mehrheit von *einer Stimme* erreicht. Auf die Dauer war es natürlich unmöglich, mit dieser Einstimmenmehrheit zu regieren.

*Dollfuß* wandte sich gegen die Demokratie und näherte sich immer mehr faschistischen Gedankengängen. Unter dem Eindruck des Wahlsieges Hitlers und gestützt auf Versprechungen Mussolinis, entschloß sich *Dollfuß* zu einem Staatsstreich. Ein parlamentarischer Zwischenfall im Zusammenhang mit einem Streik der Eisenbahner, der zur Demission der Präsidenten im Nationalrat führte, bot die Gelegenheit dazu, das Parlament auszuschalten. Auf Grund eines kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1917, das natürlich nur für die damalige Zeit des Krieges bestimmt war, ging *Dollfuß* dazu über, sich auf dem Verordnungsweg über alle Bestimmungen der Verfassung hinwegzusetzen.

Die Versammlungsfreiheit wurde aufgehoben, die Presse unter Zensur gestellt, Streiks verboten, wichtige Arbeiterschutzgesetze empfindlich verschlechtert. Der Schutzbund wurde verboten, die von den Arbeitern und Angestellten gewählten Arbeiterkammern ihrer freigewerkschaftlichen Führung beraubt. Schamloser Gesinnungsterror wurde geübt. Eisenbahner und Bundesangestellte wurden durch die Drohung mit der Entlassung gezwungen, der von den Christlichsozialen und den Heimwehren gebildeten

«Vaterländischen Front» beizutreten. Gegen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten ging der Kampf. Konzentrationslager wurden errichtet, die Rechtsprechung über politische Delikte der Polizei übertragen. Die Bemühungen der Sozialdemokraten, um Dollfuß zur Besinnung zu bringen, waren ebenso erfolglos wie alle Vorschläge, die von den Sozialdemokraten gemacht wurden, um zu einer friedlichen Lösung zu gelangen. Die Vorstellungen und Warnungen wurden von Dollfuß nur als Schwächezeichen gewertet. Er glaubte fest daran, daß die österreichische Sozialdemokratische Partei mit ihren 600 000 Mitgliedern und ihren anderthalb Millionen Wählern die Aufrichtung einer faschistischen Diktatur kampflos hinnehmen werde.

*Dollfuß täuschte sich!* Als am 12. Februar 1934, nach einer am Tage vorher gehaltenen Rede des Heimwehrministers Fey, in der er angekündigt hatte, «morgen werden wir ganze Arbeit machen», die Polizei zur Waffensuche in das Linzer Arbeiterheim eindringen wollte, setzte sich eine im Heim bereitgehaltene Abteilung des Schutzbundes zur Wehr. Militär wurde aufgeboten, rasch kam es auch in andern Teilen der Stadt zu Straßenkämpfen.

Damit war der Sturm entbrannt. Von Linz griff der Kampf nach Wien über, er entbrannte in zahlreichen Industriestädten der Provinz, so in Bruck an der Mur, Eggenberg und Graz, Kapfenberg, Judenburg und Neunkirchen. Auch im Traisental im Salzburgischen, ja selbst in Wörgl und Häring in Tirol entbrannte der Kampf.

Waren schon am Nachmittag des 12. Februar alle Mandatare der Partei, soweit man ihrer habhaft wurde, verhaftet worden, so waren am Abend des gleichen Tages auch die Partei, die Gewerkschaften sowie auch alle Kultur- und Sportorganisationen der Arbeiter aufgelöst und deren Vermögen beschlagnahmt. Rasch füllten sich die Gefängnisse, rasch traten die Standgerichte in Aktion. Doch die schlecht bewaffneten Arbeiter kämpften weiter. Sie kämpften auch dann weiter, als ihre Wohnungen bombardiert wurden und auch gegen sie Kanonen, Minenwerfer und Mörser in Aktion traten. Viermal vierundzwanzig Stunden lang währte der Kampf. Dann waren die Arbeiter besiegt. Furchtbar war die Rache der Sieger. Männer wie *Karl Münichreiter*, *Koloman Walisch* und viele andere wurden dem Henkertod überantwortet. 1339 Jahre Kerker wurden allein bis zum August 1934 über Februarkämpfer verhängt.

Aber trotz allem: die Sieger des Februar wurden ihres Sieges nicht froh. Schon wenige Monate später wurde Dollfuß von einer nationalsozialistischen Kugel hingestreckt, und in Schande, ohne daß sich auch nur eine Hand für die Verteidigung des «christlichen Ständestaates» erhoben hätte, ist dieser vier Jahre nach den Februarkämpfen von der Karte Europas verschwunden.

Österreich wurde zu einer Provinz des Deutschen Reiches. Es ist gekommen, wie es von *Otto Bauer* in seiner dem Andenken der Februarkämpfer gewidmeten Broschüre am 19. Februar 1934 geschrieben wurde: «*Die Niederwerfung der österreichischen Sozialdemokratie hat beide Wege freigelegt: den Weg zu Hitler und den Weg zu Habsburg. Aber beide führen zum Krieg. Europa wird noch erfahren, welche Schlüsselstellung des euro-*

*päischen Friedens mit der österreichischen Sozialdemokratie zerstört worden ist.»*

\*

Rückblickende Betrachtungen haben nur dann einen Sinn, wenn man bereit ist, aus ihnen zu lernen, um es in Zukunft besser zu machen. Der Zerschlagung der österreichischen Arbeiterbewegung und damit der Demokratie folgte die Aufrichtung der klerofaschistischen Diktatur, die Österreich zu *einer leichten Beute* der Aggression Hitlers machte. Damit schloß sich die Zange des Dritten Reiches um die Tschechoslowakei, und mit dem Fall Österreichs wurde auch der Weg frei, der zu den Getreidefeldern Ungarns und zu den Korn- und Ölfeldern Rumäniens führte.

Doch nun tobt der Krieg; er tobt nun schon mehr als vier Jahre, mit all seinen Schrecken. Angegliedert dem Dritten Reich und unterworfen dem nationalsozialistischen Regime, hatte das österreichische Volk keine Möglichkeit, zu entscheiden, ob seine Söhne auf den Schlachtfeldern für fremde Interessen verbluten sollen. Weit entfernt davon, begeistert in den Krieg zu ziehen, ist die Sehnsucht nach dem Frieden und nach der Rückkehr zur staatlichen Selbständigkeit Gemeingut des Denkens und des Sehns des österreichischen Volkes geworden. Ein *selbständiges, freies, republikanisches und demokratisches* Österreich zu schaffen, das ist das Ziel insbesondere jener Arbeitermassen, die in ihrem Herzen nie aufgehört haben, der *sozialistischen Idee die Treue zu bewahren*, und deren *Elite*, trotz Kerker und Verfolgungen, *nie aufgehört hat, im illegalen Kampf* den Weg zu diesem Ziele zu bahnen.

Österreich hat keine Aspirationen. Es will als kleines Land in Freiheit und Frieden leben. Die Behauptung, daß ein Österreich in seinen früheren Grenzen nicht lebensfähig sei, ist unwahr. Fehlt es in Österreich auch an schwarzer Kohle, so besitzt es doch andere Rohstoffe, es besitzt Erze sowie Elektrizität und ist in der Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten zu nahezu fünfzig Prozent seines eigenen Bedarfes gedeckt. Die Naturschönheit und die Kultur des Landes führten schon zur Zeit der Republik zu einem stets wachsenden Fremdenverkehr. Die starke und leistungsfähige Industrie, verbunden mit der geographischen Lage, die Österreich zum natürlichen Ausgangspunkt für die Versorgung der südosteuropäischen Staaten mit industriellen Erzeugnissen macht, läßt erkennen, daß dem Österreich der Nachkriegszeit sowohl eine *wirtschaftliche* als auch eine *kulturelle Mission* zukommt.

Die Erklärungen der Alliierten und der Beschluß der Moskauer Konferenz bezüglich der Wiederherstellung eines freien und selbständigen Österreichs beinhalten einen Akt der Gerechtigkeit gegenüber dem armen und schwergeprüften österreichischen Volke. Dieses zweifelt nicht daran, daß der *Tag der Freiheit naht*. Es zweifelt nicht daran, daß der Tag kommen wird, an dem das *rote Wien* wieder erstehen wird und *rote Fahnen* flattern werden über den Gräbern der gefallenen Freiheitskämpfer des Februar 1934.